



„DEUTSCHLAND FAIR ÄNDERN.“

CDU-Bundesvorstand beschließt **Leitantrag**

Die Spitzengremien der CDU Deutschlands haben das Konzept der Herzog-Kommission zur Reform der sozialen Sicherungssysteme ohne Änderungen als Antrag an den Parteitag beschlossen.

„Wir haben die Weichen der christlich-demo-

kratischen Politik gestellt,“ zeigte sich Angela Merkel nach fünfstündigen Beratungen in den Spitzengremien der Partei zufrieden. Nachdem Alt-Bundespräsident Roman Herzog sowohl im Präsidium wie im Bundesvor-

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

LAURENZ MEYER:
Arbeitsmarkt: Trend-
wende ist nicht in Sicht
SEITE 7

HERZOG-KOMMISSION:
Fragen und Antworten
SEITE 5-6

DOKUMENTATION:
Antrag des Bundes-
vorstands „Deutschland
fair ändern. Ein neuer
Generationenvertrag für
unser Land.“
INNENTEIL

■ Regionalkonferenzen „Deutschland fair ändern“: Im Dialog mit der Basis (Seite 4) ■ Fragen zum Herzog-Konzept? Hier die Antworten (Seite 4) ■ Tag der deutschen Einheit: Ein Ereignis von unschätzbarem Wert (Seite 8) ■ Christean Wagner: Vorschläge zur Föderalismusreform (Seite 9-10) ■ Bayern: Edmund Stoiber zum Ministerpräsidenten wiedergewählt (Seite 10) ■ Runder Tisch: Union schmiedet Bündnis gegen Spam (Seite 11-12) ■ Jochen-Konrad-Fromme: Aussiedlerbeauftragter fordert Integrationsanreize (Seite 12) ■ Volker Kauder: Schröder muss sich für Diffamierungskampagne entschuldigen (Seite 13-14) ■ Laurenz Meyer: Das Ende der Kampagne (Seite 13) ■ Maria Böhmer: Ein Recht auf beste Bildungschancen (Seite 14-15) ■ Dietrich Austermann: Quittung für unseriöse Haushaltsplanung (Seite 15-16) ■ Hartmut Koschyk: Innenpolitik aus einem Guss (Seite 16-17)

Fortsetzung von Seite 1

stand die Grundzüge seiner Vorschläge erläutert hatte, hätten sowohl Präsidium als auch Bundesvorstand nach einer kameradschaftlich und sachlich geführten Debatte mit überwältigender Mehrheit für die in dem Herzog-Konzept enthaltenen Richtungsentscheidungen gestimmt. Es habe eine fast vollständige Übereinstimmung darüber bestanden, dass die individuelle Eigenvorsorge gestärkt werden müsse, um die Beiträge für Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung dauerhaft unter 40 Prozent drücken zu können. Bei der Abstimmung im Bundesvorstand haben sich zwei Mitglieder gegen das Konzept ausgesprochen, ein weiteres Mitglied hat sich der Stimme enthalten. Sie rechne mit „zum Teil noch harten Debatten“ in den nächsten Wochen, erklärte Angela Merkel. Sie sei aber überzeugt, dass das Konzept der Herzog-Kommission, das in einen

Antrag des Bundesvorstands für den Parteitag am 1. und 2. Dezember in Leipzig übernommen wurde, eine gute und überzeugende Diskussionsgrundlage sei. Angela Merkel kündigte an, dass sie das Konzept gemeinsam mit Generalsekretär Laurenz Meyer auf einer Serie von Regionalkonferenzen der Parteibasis vorstellen und mit dieser darüber diskutieren werde.

Notwendige Paradigmenwechsel

Mit Blick auf das Reformkonzept der Herzog-Kommission sprach die Vorsitzende der CDU Deutschlands von notwendigen „Paradigmenwechseln“: So werde bei der gesetzlichen Krankenversicherung und bei der Pflegeversicherung erstmals von der Lohngebundenheit der sozialen Sicherungssysteme abgewichen. Durch die Umstellung der lohnabhängigen Krankenkassenbeiträge

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-802-0, Telefax 0 22 26-802-1 11 333, Vertrieb: Tel. 0 22 26-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

auf Prämien und die Umwandlung der Pflegeversicherung in eine Privatkasse würden die Sozialkosten von den Arbeitslöhnen abgekoppelt werden. Der Faktor Arbeit würde wieder billiger und damit Wachstum wieder möglich gemacht werden. Außerdem würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands entscheidend gestärkt.

Die CDU scheue sich nicht, „eine richtige Kostenzuordnung“ bei den Versicherten und ein Stück Entkopplung von den Lohnkosten vorzunehmen, führte Angela Merkel aus. Dieser Weg sei sozial ausgewogen, da ein Ausgleich für das „demographiefeste kapitalgedeckte Prämienmodell“ überein zu reformierendes Steuersystem stattfinden würde. Bei diesem zweiten Paradigmenwechsel würden die Bezieher kleiner Einkommen soziale Ausgleichszahlungen über das Steuersystem erhalten. Hierzu sollen künftig alle Steuerzahler ihren Beitrag leisten, und zwar unabhängig davon, ob sie gesetzlich oder privat versichert seien. Auf diese Weise sei eine breite solidarische Verteilung der



Lasten gewährleistet, versicherte Angela Merkel.

Ein Konzept für eine große Steuerreform, das der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, am 3. November der Öffentlichkeit vorstellen werde, werde auch auf dem Leipziger Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt, kündigte die Parteivorsitzende an.

In einer Präambel, die dem Leitantrag zur Sicherung der sozialen Sicherungssysteme vorangestellt wird, werde der Zusammenhang der Sozialreformen mit dem notwendigen Umbau des Steuersystems deutlich, hieß es. „Das Ziel, das hinter allem steht, muss klar werden: mehr Wachstum.“

Des Weiteren sei für das gesetzliche Rentenalter ein „Korridor“ zwischen 63 und 67 Jahren angedacht. Die volle Rente solle nach einer 45jährigen

Beitragszahlung gewährt werden.

Unterstützung der Familien

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer machte deutlich, dass die Herzog-Kommission als zentrales Element die Unterstützung von Familien in ihr Konzept eingebaut habe. In diesem Zusammenhang ist ein Abschmelzen der Witwenrente zu Gunsten von Erziehungs- oder Pflegeleistungen vorgesehen. Außerdem wies Laurenz Meyer darauf hin, dass sich der Bundesvorstand in seinem Antrag an den Parteitag klar gegen eine Bürgerversicherung ausgesprochen habe. Die marginale Entlastungswirkung der Bürgerversicherung von 0,1 Prozent rechtfertige nicht die Zerschlagung eines funktionierenden Systems, bekräftigte der Generalsekretär.

<http://>

Ein umfangreiches Informationspaket (Antragstext, Materialienband, Anhänge und Power-Point-Folien) finden Sie online im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de

Im Dialog mit der Basis

Viel Applaus gab es für die Parteivorsitzende Angela Merkel auf den ersten beiden von insgesamt sechs Regionalkonferenzen.

Vor jeweils rund 1.500 CDU-Mitgliedern in Düsseldorf und Erfurt warb Angela Merkel für die Herzog-Pläne zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme. „Das ist kein Anschlag auf das Sozialsystem, sondern der Versuch einer Antwort, um mehr Menschen in Deutschland Arbeit zu geben“, sagte die Vorsitzende.

Bei der Beantwortung der drängenden Fragen dürften keine Tabus aufgebaut wer-

den. „Die Welt hat sich verändert. Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität“, so Merkel zu den Ergebnissen der Herzog-Kommission. Die CDU wolle den Menschen wieder eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, seien Verlässlichkeit, Offenheit und Ehrlichkeit die wesentlichen Voraussetzungen. Erst wenn die Menschen wieder Vertrauen fassten, könne die nötige Aufbruchstimmung entstehen.

Während der Aussprache zum Vortrag von Angela Merkel und den Erläuterungen von Generalsekretär

Laurenz Meyer zu den Auswirkungen der Herzog-Vorschläge gab es viel Unterstützung, aber auch wichtige Fragen. Vor allem der CDA-Vorsitzende Hermann Josef Arentz, brachte seine Sorge um sozialen Ausgleich zum Ausdruck. Dafür äußerte die Vorsitzende Verständnis. Sie machte aber deutlich, dass es unsozial sei, vor den Herausforderungen die Augen zu verschließen. Bis spät in den Abend nutzten viele CDU Mitglieder die Möglichkeiten zu Wortmeldungen. Dabei wurde viel Zustimmung zu Inhalt und Vorgehensweise geäußert.

FRAGEN ZUM HERZOG-KONZEPT? HIER DIE ANTWORTEN!

Ergänzend zum Leittrag des Bundesvorstandes hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle weitergehende Informationsmaterialien zu den Vorschlägen der Herzog-Kommission vorbereitet. Diese stehen online im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdu-net.de zum Download zur Verfügung.

■ Materialsammlung (PDF-Dokument, 77 Seiten) ■ Präsentation Bundesvorstand

vom 6.10.03 (PDF-Dokument und Powerpoint-Präsentation) ■ Präsentation Regionalkonferenzen, Stand 7.10.03 (PDF-Dokument und Powerpoint-Präsentation) ■ Frage-Antwort-Liste (FAQ), Liste der häufigsten Fragen von Bürgerinnen und Bürgern an die Bundesgeschäftsstelle.

Zur Unterstützung bei Fragen von der Parteibasis und aus der Bevölkerung stehen Ihnen die Fachreferenten des

Bereichs Politische Programme und Analyse der CDU-Bundesgeschäftsstelle von Montag bis Freitag von 10.00–12.00 und 13.00–15.00 Uhr zur Verfügung:

■ Albert Markstahler, Referent Gesundheits- und Sozialpolitik

Tel.: 030-22070-331

■ Torsten Fischer,

Referent für Alterssicherung und Sozialordnung,

Tel.: 030-22070-330.

Fragen und Antworten

Die Vorschläge der Herzog-Kommission liegen auf dem Tisch und ein entsprechender Leitanspruch an den Parteitag ist auf dem Weg. Dennoch häufen sich die Fragen.

Die folgende Liste mit den häufigsten Fragen (FAQ) soll hier Abhilfe schaffen. In der folgenden Ausgabe des UiD wird die Liste der FAQ fortgeführt. Auf www.cdu.de wird sie ständig aktualisiert.

■ Warum kann das bestehende Krankenversicherungssystem nicht fortgeführt werden?

Die sinkende Geburtenrate und die Zunahme der Lebenserwartung führen zu erheblichen Verschiebungen zwischen den Altersgruppen. Die Zahl der 20-65-Jährigen, also derjenigen, die gegenwärtig als „erwerbsfähig“ bezeichnet werden, geht (bei einer Nettozuwanderung von 100.000) von heute 52 Millionen auf 44 Millionen im Jahr 2030 und schließlich auf 37 Millionen im Jahr 2050 zurück. Im Gegenzug nimmt die Gruppe der Über-65-Jährigen von jetzt 13,7 Millionen auf 20,3 Millionen im Jahr 2030 zu und

wächst dann auf 20,6 Millionen im Jahr 2050. Ginge alles so weiter wie bisher, würden die Beiträge zu den Sozialsystemen im Jahr 2030 unglaubliche 54 Prozent betragen. Aus diesem Grunde brauchen wir echte Reformen der sozialen Sicherungssysteme, die weit mehr sein müssen als harmlose Reparaturen am bestehenden System.

■ Was ist eine Gesundheitsprämie?

Der Vorteil eines Prämiensystems ist, dass es die demographische Entwicklung abbildet und auf versicherungsmathematischen Berechnungen beruht, welche zu konstanten Beiträgen führen. Wichtig ist vor allem, den Umstieg auf dieses Prämiensystem solide vorzubereiten. Bereits langjährig Versicherte dürfen natürlich nicht durch den Umstieg in das neue System eine zu hohe Belastung aufgebürdet bekommen.

■ Muss jetzt jeder sofort die Gesundheitsprämie bezahlen?

Nein, weil die Umstellung frühestens im Jahr 2013 erfolgen kann. Vor einer Umstellung des Systems der Krankenversicherung muss erst eine 10-jährige Anspar-

phase erfolgen. In dieser Zeit muss der erforderliche Kapitalstock angespart werden, der zur Reduzierung der Prämie für Ältere verwendet wird. So können auch für diese länger Versicherten stabile Beiträge garantiert werden, die dem eines neu in dieses System eintretenden, jungen Menschen entsprechen.

■ Ist der Kapitalstock vor Zugriff sicher?

Die Kommission empfiehlt, den Kapitalstock so auszugestalten, dass die angesparten Mittel einem zweckwidrigen staatlichen Zugriff zuverlässig und auf Dauer entzogen bleiben. Dies könnte nach zum Beispiel durch die Einrichtung eines Fonds bei der Bundesbank sichergestellt werden.

■ Müssen meine Kinder auch eine Gesundheitsprämie bezahlen?

Kinder sind in allen Systemen beitragsfrei mitversichert.

■ Was ist, wenn ich diesen Betrag nicht aufbringen kann?

Natürlich muss besonders auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Geringverdiener und Familien Rücksicht genommen werden. Ein So-

lidarausgleich für Bezieher niedriger Einkommen ist daher vorgesehen.

■ Warum werden Beamte und Selbstständige zukünftig nicht, wie in der Bürgerversicherung vorgeschlagen, mit einbezogen?

Eine solche Steigerung des Beitragsaufkommens durch eine Einbeziehung aller Bürger würde die gesetzliche Krankenversicherung nur um 0,1 Beitragssatzpunkte im Jahr 2010 entlasten. Zudem stünden dieser Entlastung unmittelbare, erhebliche Ausgabesteigerungen in den öffentlichen Haushalten gegenüber. Allein das Land Nordrhein-Westfalen hat für die Überführung seiner Beamten in eine „Bürgerversicherung“ dauerhafte Zusatzkosten in Höhe von mindestens 50 Millionen Euro errechnet, die künftig zusätzlich vom Steuerzahler zu tragen wären.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass durch eine solche Versicherung das Problem steigender Lohnnebenkosten nicht gelöst würde, sondern die Koppelung der Beitragseinnahmen an Löhne und Gehälter weiter bestehen bliebe.

Weiter hätte die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen rechtlich höchst problematische Auswirkungen auf die Vertragsfreiheit und die Betäti-

gungsfreiheit der privaten Krankenversicherung. Auch müssten die Altersrückstellungen der privaten Krankenversicherung durch die gesetzliche Krankenversicherung abgelöst werden.

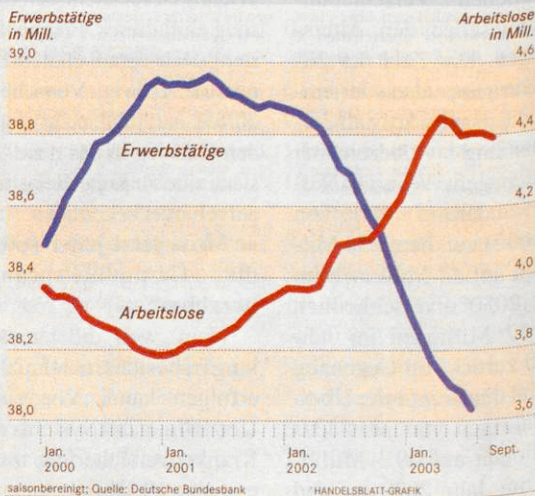
■ Was ändert sich bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten?

Die derzeitige Praxis der Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht ist nicht ausreichend. Denn wer Kinder erzieht, leistet einen Beitrag zum Generationenvertrag. Deshalb sollen diejenigen, die Erziehungsarbeit leisten, in der Alterssicherung so behan-

delt werden, als ob sie Beiträge wie zu Zeiten einer Erwerbstätigkeit gezahlt hätten. Wir schlagen vor, auch künftig Entgeltpunkte für Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung gutzuschreiben und die Zahl der anzurechnenden Entgeltpunkte zu verdoppeln. Dies würde für künftige Rentner bedeuten, dass sechs statt bisher drei Entgeltpunkte für Kinder, die nach dem 1.1.1992 geboren sind, angerechnet werden und zwei Entgeltpunkte statt bisher einem für Kinder, die vor dem 1.1.1992 geboren sind.

ARBEITSMARKT: KEINE ENTWARNUNG

Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Erwerbstätigkeit in Deutschland



LAURENZ MEYER:

Trendwende nicht in Sicht

Die neuen Zahlen aus Nürnberg zeigen: Die Lage am Arbeitsmarkt ist unverändert dramatisch – und eine Trendwende ist nicht in Sicht.

265 000 Menschen mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres waren im September ohne Arbeit. Und selbst diese Zahlen beruhen offensichtlich in wesentlichen Teilen auf statistischen Bereinigungen. Denn nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes ging die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum vergangenen Jahr sogar um über 650 000 zurück. Das heißt: Die Arbeitskraft von so vielen Menschen, wie Frankfurt am Main Einwohner hat, fehlt für das Wachstum in Deutschland, sie fehlt aber auch in Form von Steuerzahlern und Beitragszahlern für die Sozialsysteme.

Die traurige Erkenntnis: Fünf Jahre rot-grüne Miswirtschaft haben die Arbeitslosenzahlen auf Rekordniveau getrieben, die Sozialsysteme stehen vor dem finanziellen Kollaps. Schuld waren für Kanzler Schröder bisher immer die anderen: Mal die Weltwirtschaft, mal der Krieg, mal



die Globalisierung. Dabei ist ganz offensichtlich, wer die Verantwortung für die desolate Lage am Arbeitsmarkt trägt: Schröder und seine Chaostruppe.

Noch immer suchen 35.000 junge Menschen eine Lehrstelle – viermal soviel wie im vergangenen Jahr. Gerade hier zeigt sich die Folge der rot-grünen Wirtschaftspolitik: Konkurrenz, mangelnde Planungssicherheit, immer mehr Belastungen für Mittelständler. All dies führt dazu, dass die Unternehmen es unter dieser Bundesregierung immer schwerer haben auszubilden. Doch statt endlich die drängenden Probleme dieses Landes anzupacken, versteift sich die Regierung auf ideologische Nebenkriegsschauplätze wie die Androhung einer Zwangsabgabe für Unternehmen, die nicht ausbilden. Mit die-

ser unsäglichen Debatte schadet Rot-Grün dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Ausbildungsplätze werden so nicht geschaffen.

Lediglich die Schwarzarbeit boomt unter Rot-Grün. Experten zufolge wird die Schattenwirtschaft in diesem Jahr ein Volumen von 370 Milliarden Euro erreichen – das ist ein Plus von sechs Prozent und fast ein Fünftel des Bruttoinlandsproduktes. Bezeichnend: In fast allen anderen Industrienationen ging die Schwarzarbeit zurück.

Deutschland braucht endlich tief greifende Reformen – sowohl am Arbeitsmarkt als auch in den Sozialsystemen. Dazu gehört, dass wir die sozialen Sicherungssysteme von den Lohnzusatzkosten abkoppeln, wie es die Herzog-Kommission vorschlägt. Nur so können wir den Faktor Arbeit wieder bezahlbar machen.

Unsere Vorschläge für den Arbeitsmarkt und zur Reform der sozialen Sicherungssysteme liegen auf dem Tisch. Jetzt muss der Kanzler endlich Farbe bekennen, wie er Deutschland wieder nach vorne bringen will.

„Ein Ereignis von unschätzbarem Wert.“

Bundesratspräsident Wolfgang Böhmer hat am Tag der Deutschen Einheit die Aufbauleistungen in den neuen Ländern gewürdigt, aber auch auf Probleme beim Einigungsprozess hingewiesen.

Mit einer beispiellosen innerdeutschen Solidarität ist nach Ansicht von Sachsen-Anhalts Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer sehr viel erreicht worden. Dennoch gebe es viele ungelöste Probleme, sagte das Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands bei seiner Rede beim Festakt zum 13. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung in Magdeburg. Es gebe schon gut entwickelte Landschaften, wenn auch nicht überall und noch zu wenige.

Böhmer, der auch amtierender Bundesratspräsident ist, beklagte die ungleiche Verteilung von Arbeit, die zu demographischen Verlusten führe und gegen die es noch keine erfolgreiche Strategie gebe. Der Politiker verwies in diesem Zusammenhang auf Statistiken, nach denen von den knapp 1.600 umsatzstärksten Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 250 Millionen Euro



nur 48 in den neuen Ländern ansässig seien. Die in Ostdeutschland je Einwohner erzeugte Wirtschaftsleistung stagniere seit 1997 bei etwa 60 Prozent des westdeutschen Niveaus. Die Arbeitslosenquote habe im Jahresdurchschnitt 2002 im Bundesgebiet Ost mehr als das Doppelte über der im Bundesgebiet West gelegen. Fast jeder dritte Euro, der durch private Haushalte, Unternehmen oder den Staat im östlichen Teil Deutschlands ausgegeben werde, müsse nach wie vor durch Transferleistungen aus dem Westen finanziert werden. „Das darf sich nicht verfestigen“, mahnte Wolfgang Böhmer.

Mit Blick auf den gesamtdeutschen Reformbedarf sagte der Ministerpräsident, in Ostdeutschland mit geringerem Wirtschaftswachstum und höherer Arbeitslosigkeit sei die Bereitschaft zu Refor-

men größer. Die Menschen in den neuen Ländern hätten aus den Erfahrungen des schwierigen Transformationsprozesses gelernt, dass nur durch Veränderungen die erkennbaren Probleme für die Zukunft gemeistert werden könnten. „Sie sind dazu bereit“, sagte Böhmer. „Wir haben von der früheren Bürgerbewegung gelernt, nicht nur das Unmögliche zu beklagen, sondern wenigstens das Mögliche zu tun.“

Literatur-Nobelpreisträger Imre Kertész, der als Festredner eingeladen war, würdigte die Deutsche Einheit als Ereignis von unschätzbarem Wert. Der lange und konfliktbeladene Prozess der Vereinigung sei eine Generalprobe für die europäische Einheit. Kertész – Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz – verteidigte den militärischen Kampf gegen den Terrorismus und kritisierte Deutschlands Rolle im Irak-Krieg. „Ich bin überzeugt, dass der Pazifismus keine angemessene Antwort auf die Herausforderung des Terrorismus darstellt.“ Die rot-grüne Bundesregierung hatte ein Engagement im Irak-Krieg abgelehnt.

CHRISTEAN WAGNER, HESSISCHER JUSTIZMINISTER:

Vorschläge zur Förderalismusreform

**Eigenständige Handlungs-
freiheit von Bund und
Ländern sowie der Wett-
bewerb der Länder unter-
einander sind die Voraus-
setzung einer dynamischen
Entwicklung hin zu
einer bürgerfreundlicheren,
wirksameren und kostengünstigeren Staatsor-
ganisation.**

Die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern müssen daher im Wege der Verfassungsänderung klar getrennt werden. Die Zuständigkeit für die Staatsaufgaben und die Verantwortung für deren Finanzierung müssen in einer Hand vereinigt sein.

Im Einzelnen schlage ich vor: Auf die konkurrierenden Gesetzgebung sollte verzichtet werden. Die in Artikel 74, 74a GG genannten Politikbereiche sollten entweder der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes unterstellt werden oder aber ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Länder fallen. Auf vielen Gebieten ist einheitliches Bundesrecht nicht erforderlich, sondern verhindert den örtlichen Verhältnissen angepasstes, wirksames und flexibles Lan-

desrecht. Aus dem Katalog der Artikel 74, 74a GG könnten beispielsweise die Besoldung und Versorgung der im öffentlichen Dienst der Länder und Kommunen stehenden Bediensteten und die öffentliche Fürsorge alleinige Aufgabe der Länder sein.

Auf die Rahmenkompetenz (Artikel 75 GG) sollte für einzelne Sachgebiete nicht verzichtet werden, um einer zu großen Rechtszersplitterung entgegenzuwirken. Die Rahmengesetzgebung ist das geeignete Mittel zur Herstellung eines einheitlichen Rechtsraums, in dem den einzelnen Mitgliedern dieses Rechtsraumes ein erheblicher eigenständiger Gestaltungsspielraum verbleibt. Daher sieht auch die Europäische Union nunmehr im Entwurf des Europäischen Verfassungsvertrages in Artikel I-32 Rahmengesetze vor, die sich am Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip orientieren sollen. Beispielsweise im Umwelt- und Naturschutzrecht, bei dem es entscheidend auf die örtlichen Verhältnisse ankommt, ist die Rahmengesetzgebung sehr sinnvoll. Hier können

die Länder im konkreten Fall flexibler und effektiver tätig werden als der Bund. Auch für das Jagdwesen ist es erforderlich, einen einheitlichen Rechtsrahmen in ganz Deutschland herzustellen, um etwa einen Grundbestand an jagdbarem Wild oder die Grundvoraussetzungen der Zulassung zur Jagd oder etwa das Reviersystem festzulegen, aber den Ländern die nähere Ausgestaltung entsprechend den örtlichen Verhältnissen zu überlassen.

Die Gesetzgebungskompetenz im Finanzbereich ist dadurch zu entzerren, dass das Institut der Gemeinschaftssteuern abgeschafft wird. Der Bund sollte allein zuständig sein für die Zölle und die großen indirekten Steuern, vor allem die Mehrwertsteuer. Die Länder sollten die alleinige Gesetzgebungs- und Erhebungskompetenz für die Einkommen- und Körperschaftsteuer erhalten, hinzu kämen die bisher schon den Ländern zustehenden Steuern wie beispielsweise die Erbschaftsteuer und für die Kommunen die örtlichen Verbrauchsteuern. Die Mischfinanzierung (Artikel 91a und b GG) ist

ebenso abzuschaffen wie der horizontale Länderfinanzgleich. Die Bundesergänzungszuweisungen sind auf Sonderbelastungen (z. B. Neue Länder) und Notlagen zu beschränken. Das Konnexitätsprinzip in der Form der Gesetzeskausalität ist ins Grundgesetz aufzunehmen, auch im Verhältnis zu den Kommunen (Stichwort: Wer bestellt, bezahlt! = Änderung des Art. 104a GG).

Der Abbau von zustimmungspflichtigen Gesetzen sollte durch Änderungen im Bereich der Verwaltungskompetenz erfolgen. Dem Bund sollte grundsätzlich untersagt werden, das Verwaltungsverfahren oder die Verwaltungsorganisation der Länderbehörden zu regeln. Die Bundesauftragsverwaltung ist abzuschaffen. Im Gegenzug sollte dem Bund ermöglicht werden, auf den Gebieten, auf denen er die Gesetzgebungskompetenz besitzt, auch eigene Verwaltungsbehörden aufzubauen, ohne an die Zustimmung der Länder gebunden zu sein. So könnte er, wenn er will, das Verwaltungshandeln bestimmen und würde dann auch automatisch die Verwaltungskosten tragen. Überließe er die Verwaltung den Ländern, so wäre es deren alleinige Aufgabe, auch das Verwaltungsverfahren zu regeln.

Edmund Stoiber wiedergewählt

Zwei Wochen nach der bayerischen Landtagswahl ist der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber erneut zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

Der seit 1993 amtierende Stoiber erhielt bei der Abstimmung 124 von 180 Stimmen. Das entspricht der Zahl der CSU-Abgeordneten. 53 Abgeordnete stimmten gegen Stoiber, drei Stimmen waren ungültig.

In seiner Rede hatte Edmund Stoiber eine Fortsetzung seines Sparkurses angekündigt „Wir wollen der Jugend Chancen schenken, nicht Schulden hinterlassen und halten deshalb am Ziel eines Haushalts ohne Neuverschuldung fest“, sagte Stoiber. Der Staat müsse sich nach Jahrzehnten der Expansion wieder auf seine Kernaufgaben beschränken. Edmund Stoiber forderte die bayerische Opposition auf, bei den Bürgern um Zustimmung für die notwendigen Reformen zu



werben. Er fügte hinzu: „Sorgen wir gemeinsam für Optimismus statt Verzagttheit, für Aufbruchstimmung statt Zukunftsangst.“

„Wir sind nicht Anwälte des Status quo. Wir haben ein Mandat für die Zukunft.“ Ziel müsse es sein, „dass die Menschen Arbeit finden. Das hat Vorrang vor allem anderen.“ Zudem müsse mit wettbewerbsfähiger Bildung in die Zukunft investiert werden.

Erste Gratulanten waren der neue Präsident des bayerischen Landtags, Alois Glück, und sein Nachfolger im Amt des Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann.

Die bayerischen Bürger hatten am 21. September einen neuen Landtag gewählt. Die CSU hatte dabei 60,7 Prozent der Stimmen und eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erreicht. Stoiber hatte vor zehn Jahren seinen Vorgänger Max Streibl abgelöst.

Union schmiedet Bündnis gegen Spam

„Bündnis gegen Spam“ hieß das Thema, zu dem die Internet-Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Martina Krogmann und Ursula Heinen, Fraktionsbeauftragte für Verbraucherschutz, eingeladen hatten, um mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Verbraucherverbänden Meinungen auszutauschen und Wege gegen das Spamming aufzuzeigen.

Martina Krogmann forderte in einem Informationspapier, dass Deutschland eine Vorbildfunktion im Kampf gegen Spam einnehmen solle. Nur durch eine Kooperation der einzelnen Staaten sei eine grenzüberschreitende Strafverfolgung der Spammer zu realisieren, schreibt die Internet-Expertin weiter. In diesem Punkt waren sich alle Experten einig: Der Kampf gegen das Spamming kann nur gewonnen werden, wenn international enger zusammengearbeitet wird. „Es muss eine

Allianz zwischen den Vereinigten Staaten und Europa geschlossen werden. Die Mitgliedsstaaten der EU müssen sich auf einheitliche Sanktionen einigen“, äußerte sich Patrick von Braumühl vom Bundesverband der Verbraucherzentralen. Arndt Groth, Präsident des Deutschen Multimediaverbandes sieht einen dringenden Regelungsbedarf: „Die Zusammenarbeit der Verbände muss eine Grundlage zur Bekämpfung dieses Problems sein.“

Um den Versendern von Spam-Mails in Zukunft das Handwerk zu legen, fordert Martina Krogmann eine

Unter Spamming wird im Allgemeinen das Versenden unerwünschter Nachrichten per Fax, SMS und – vor allem – via E-Mail verstanden. Es handelt sich hierbei überwiegend um unerwünschte Werbung mit zum Teil unseriösem oder sogar strafbarem Inhalt. Pro Tag werden weltweit mittlerweile rund 10 Milliarden Spam-E-Mails versendet. Das entspricht 50 Prozent des gesamten E-Mail-Verkehrs. Spam-Mails blockieren die E-Mail-Postfächer der Nutzer, belasten die Speicherkapazität der Provider und führen bei Überlastung zu Datenverlusten.

Eindämmung des Adresshandels. Durch konsequente Anwendung von datenrechtlichen Vorschriften müsse der Handel effektiver erschwert werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte weiterhin durchsetzen, dass die Anonymität der E-Mail-Adressen abgeschafft wird.

Das Problem bei der strafrechtlichen Verfolgung der Spam-Mail-Absender ist nicht etwa die Rechtslage: „Der Geschädigte hat einen Unterlassungsanspruch gegenüber dem Spammer. Das unerwünschte Werben per Telefax erfüllt sogar den Tatbestand der Sachbeschädigung. Zivilrechtlich besteht kein Handlungsbedarf an neuen Gesetzen. Man kann durchaus zivilrechtlich vorgehen, wenn der Absender bekannt und greifbar ist. Das Problem besteht in der Verfolgung der Straftäter“, so Rechtsanwalt Niko Härting und spielte damit auf die Tatsache an, dass 80 bis 90 Prozent der Spam-Mails aus dem nicht-europäischen Raum

kommen. Härting weiter: „Betroffene scheuen oft davor zurück rechtliche Schritte einzuleiten, da sie es als nicht verhältnismäßig ansehen. 50 Prozent der Kläger sind daher Rechtsanwälte.“

Die Wirtschaft reagierte bereits auf das Problem des Spammings. Im Rahmen einer Kooperation gehen AOL, Microsoft und Yahoo in einem „Vier-Säulen-Programm“ gegen das Spamming vor. Mit diesem Programm setzt man sich unter anderem für eine bessere Aufklärung der Verbraucher ein. Die Filterprogramme der Provider sollten genutzt werden. Außerdem sei es ratsam, eine ungewöhnliche E-Mail-Adresse zu benutzen“, so der Leiter der politischen Kommission von AOL Deutschland, Gunnar Bender. Ein Problem der Provider sei es auch, dass der Nutzer oft den Provider für die Spam-Mails verantwortlich machen würde. „Dabei ziehen wir beide an einem gemeinsamen Strang. Wir haben kein Interesse an Spamming“, meinte Gunnar Bender. Leslie Romeo, Spam-Beauftragter von Web.de: „Provider sollten stellvertretend für den Kunden gegen das Spamming vorgehen können.“

JOCHEN-KONRAD FROMME:

Aussiedlerbeauftragter fordert Integrationsanreize

Der Beauftragte für Aussiedlerfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme, fordert eigene Anstrengungen der Spätaussiedler zu ihrer Integrationsfähigkeit.

Spätaussiedler müssten die Zeit zwischen der Genehmigung der Einreise und der tatsächlichen Einreise, die häufig einen Umfang von mehreren Monaten oder Jahren hat, stärker dazu nutzen, sich auf ihren Aufenthalt in Deutschland einzustellen. Es sei ihnen ohne weiteres zuzumuten, durch eigene Anstrengung zu beweisen, dass sie sich wirklich in die bundesdeutsche Gesellschaft schnell eingliedern wollen. Das gilt auch und insbesondere für ihre Angehörigen. Ein wichtiges Mittel dazu ist das Erlernen der Sprache. Fromme fordert, dazu Anreize zu setzen. Wer durch einen entsprechenden freiwilligen Test nachweist, dass er die deutsche Sprache



über den für den Nachweis der Abstammung erforderlichen Rahmen hinaus in einem Umfang beherrscht, der ihm die sofortige Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglicht, soll die dafür entstehenden Kosten erstattet bekommen. Für die Bundesrepublik ist dieses Verfahren wirtschaftlich, weil es in jedem Falle preiswerter ist, als lange Aufenthalte in der Bundesrepublik zur Verbesserung der Sprache zu finanzieren. In einem solchen Verfahren würde auch kein Geld „in dubiosen Kanälen“ oder Organisationskosten versickern, weil es gezielt die Menschen erreichen würde.

VOLKER KAUDER:

Schröder muss sich für Diffamierungskampagne entschuldigen



Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte zur Einstellung des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens wegen angeblicher Aktenvernichtungen und Datenlöschungen im Bundeskanzleramt:

Die Staatsanwaltschaft Bonn hat mit ihrer Einstellung des Ermittlungsverfahrens endlich der unerträglichen Diffamierungskampagne der Führungsspitze des Kanzleramtes gegen die Regierung Kohl und ihrer Mitarbeiter ein Ende bereitet.

Die Verantwortung für die Inszenierung dieser unwürdigen Aufführung tragen Bundeskanzler Schröder und sein Amtschef Staatssekretär Dr.

Steinmeier. Mit der Einstellung des Ermittlungsverfahrens steht für mich fest: Die unter der Regie von Dr. Steinmeier erhobenen und von seinem Vorermittler Dr. Hirsch präsentierten böswilligen Behauptungen gegen die frühere Bundesregierung dienten vor allem der Ablenkung von eigenen Regierungsversagen.

Feige ist, dass Schröder und Steinmeier sich

bei diesem Stück die Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes vorgenommen haben, anstatt sich mit dem politischen Gegner zu messen.

Es ist ein in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einzigartiger Vorgang, wenn die Führung des Bundeskanzleramtes ihre eigenen Mitarbeiter mit disziplinarrechtlichen Vorermittlungsverfahren überzieht

LAURENZ MEYER:

Das Ende einer Kampagne

Es ist gut, dass die unerträgliche Kampagne ein Ende hat, die die rot-grüne Bundesregierung und ihr sogenannter „Sonderermittler“ Hirsch gegen Helmut Kohl geführt haben.



Dass die Staatsanwaltschaft das Verfahren schon vor längerer Zeit einstellen wollte, dann aber auf politischen Druck aus dem Kanzleramt hin fortführen musste, nährt den Verdacht: Rot-Grün ging es allein

darum, das Verdienst Helmut Kohls mit Mitteln der Justiz zu beschädigen. Es ist gut, dass sich die Staatsanwaltschaft davon nicht hat beeinflussen lassen.

Jetzt sollte Hirsch öffentlich um Entschuldigung bitten – Altkanzler Helmut Kohl, vor allem aber die Mitarbeiter des Kanzleramtes. Die hat Hirsch durch seine Verdächtigungen in unerträglicher Weise kriminalisiert.

und strafrechtlichen Ermittlungen aussetzt, nur um einen politischen Vorteil dadurch zu erlangen.

Dieses inakzeptable Verhalten wird ein parlamentarischer Nachspiel haben.

Fest steht, von den angeblich fehlenden Akten lagen die wesentlichen dem Untersuchungsausschuss der 12. Legislaturperiode im Original vor. Über die besonders wichtigen, dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung zuzurechnenden Akten, die dem Untersuchungsausschuss nicht vorgelegt wurden, verfügt das Bundeskanzleramt.

Es hat auch keine rechtswidrigen Datenlöschungen gegeben. Wie Staatssekretär Dr. Steinmeier zuletzt auf eine parlamentarische Anfrage am 14. Mai 2003 zugeben musste, gilt im Bundeskanzleramt nach wie vor, dass dort alle wesentlichen Unterlagen ausschließlich in Papierform aufbewahrt und verwaltet werden. Allein maßgeblich ist also, was später in Papierform in die Akten gelangt.

Ex-Kanzleramtsminister Bodo Hombach hat sich öffentlich deutlich von dem unwürdigen

Spiel seines Nachfolgers Dr. Steinmeier distanziert. Hombach hat klar gestellt: „... die Mitarbeiter, die ich aus der Vergangenheit übernommen habe, ... waren außerordentlich loyal. Ich habe keinen Verdacht zu erheben... Die „Bundeslöschtag“ hat es nie gegeben.“ Wie Recht Hombach hatte, zeigt die hilflose Reaktion von Staatsminister Schwanitz, Hombach könne zur Frage der angeblichen Aktenfehlbestände und Datenlöschungen im Bundeskanzleramt nicht aus eigener Anschauung berichten. Schwanitz verschwiegte dabei, dass dies auch für ihn selbst, Dr. Steinmeier und Dr. Hirsch gilt.

Bundeskanzler Schröder sollte sich nach der Einstellung des Verfahrens ein Beispiel an Bundespräsident Rau nehmen.

Als damaliger Ministerpräsident zögerte dieser nicht, sich im Landtag von Nordrhein-Westfalen am 13. 12. 1978 für das Verhalten seines Innenministers Dr. Burkhard Hirsch zu entschuldigen. Hirsch hatte öffentlich einen angeblich unkorrekten Umgang mit

Akten unterstellt und damit ein Riesenspektakel veranstaltet.

Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder muss sich bei den Betroffenen und ihren Familien unverzüglich entschuldigen, sie rehabilitieren und ihre Ehre wieder herstellen. Das gebietet schon der Anstand.

MARIA BÖHMER:

Ein Recht auf beste **Bildungs-**chancen



Zur Vorstellung des Gutachtens „Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung“ von Familienministerin Renate Schmidt erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Endlich kommt auch die Familienministerin auf den Trichter: Bei Bildung und Betreuung im Vorschulalter sind wir hier in Deutschland im

europäischen Vergleich Schlusslicht. In hohem Maße werden bisher Entwicklungschancen in den ersten Lebens- und Lernjahren vertan. Dabei müssen wir gerade in den ersten sechs Jahren der Kinder ansetzen. In diesem Alter werden die Fundamente für die Bildung gelegt. Wir müssen die frühkindlichen Chancen zum Lernen nutzen und fördern. Elternhaus und Institution müssen deshalb enger als bisher kooperieren. Das hat die Unionsfraktion schon längst erkannt und deshalb bereits im Mai diesen Jahres ein Positionspapier zum Thema Elternhaus, Bildung und Betreuung verzahnen, beschlossen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert daher:

- ein Bildungskonzept für Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren. Es muss gemeinsam von allen Verantwortlichen – Eltern, Fachkräften, Trägern der Einrichtungen und Politik – erarbeitet, umgesetzt und verantwortet werden. Bayern und Hessen haben hier Vorreiterfunktionen übernommen;
- ein umfassendes Bildungsverständnis, das der frühen Förderung

der Kinder vor Eintritt in die Schule einen höheren Stellenwert gibt;

- die Verbesserung der Erzieherinnenausbildung;
 - die Einschulung bereits mit 6,0 statt bisher erst durchschnittlich mit 6,8 Jahren;
 - die Entlastung der Eltern bei den Kosten für den Kindergarten. Das 3. Kindergartenjahr sollte für Eltern mit zwei oder mehr Kindern kostenfrei bleiben. Denn in den ersten Lebensjahren des Kindes wird der Grundstein für die Bildung und Erziehung gelegt;
 - den Ausbau eines qualitativ hochwertigen Betreuungssystems für die unter 3-jährigen. Dazu muss auch ein Konzept zum Ausbau der Tagespflege entwickelt werden;
 - den Ausbau von Ganztagschulen in offener und gebundener Form, um den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern und Eltern gerecht werden zu können.
- Die erforderlichen Maßnahmen für eine bessere Bildung und Betreuung sind bekannt. Die unionsregierten Ländern

handeln bereits. Sie wollen in der Kultusministerkonferenz einen gemeinsamen Orientierungsplan für Bildung und Erziehung bis zum Schuleintritt vorschlagen. Die SPD-regierten Länder sollten diesem Beispiel folgen. Denn alle Kinder in Deutschland haben ein Recht auf beste Bildungschancen.

DIETRICH AUSTERMANN:

Quittung für unseriöse Haushaltsplanung



Zur drohenden Rekordverschuldung im Bundeshaushalt erklärt der haushaltspolitische Fraktionsprecher:

Die im März von Rot-Grün beschlossene Nettokreditaufnahme von 18,9 Mrd. Euro war von Anfang an eine Farce gewesen. Bis zu 24 Mrd. Euro zusätzliche Schulden wird Eichel in diesem Jahr

aufnehmen müssen. Bereits zu Beginn des Jahres war klar, dass das Wachstum und die Steuereinnahmen zu hoch und die Arbeitsmarktausgaben viel zu niedrig angesetzt worden sind. So schafft man kein Vertrauen!

Die Neuverschuldung des Bundes wird in 2003 den Haushaltsansatz um mehr als das Doppelte überschreiten und bis zu 43 Mrd. Euro betragen. Das gesamtstaatliche Defizit wird sich auf fast 90 Mrd. Euro belaufen. Der Löwenanteil davon entfällt auf den Bund. Die Überschreitung der Maasricht-Defizitgrenze wird deutlich über 4 Prozent liegen. Jetzt holt Eichel die eigene unseriöse Haushaltsplanung ein, die auf völlig unrealistischen Annahmen über das Wachstum und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt beruht.

Bei den Steuereinnahmen wird am Ende des Jahres eine Lücke von rd. 9 Mrd. Euro bestehen. Die Steuerschätzung im November wird weiter nach unten tendieren. Die Arbeitsmarktausgaben allein dürften um 13 Mrd. Euro höher liegen als von Eichel erwartet. In der Rentenkasse droht zum

Ende des Jahres eine Liquiditätshilfe des Bundes fällig zu werden. Die Einnahmeverluste aus der Verschiebung der LKW-Maut von netto 700 Mio. Euro schlagen ebenfalls zu Buche.

Der Wille zum Umsteuern ist bei Bundesfinanzminister Eichel jedoch nicht erkennbar. Der dringend erforderliche Nachtragshaushalt liegt noch nicht vor. Er soll voraussichtlich erst am 15. 10. oder am 5. 11. – quasi im Windschatten der Reformdebatte – vorgelegt werden. Weder eine Haushaltssperre, noch ein Kas sensturz, noch ernsthaftes Sparen sind zu erkennen.

Die Union fordert weiterhin eine sofortige Haushaltssperre, einen schonungslosen Kas sensturz, kräftige Sparmaßnahmen im konsumtiven Bereich beim Bund und bei der Bundesanstalt für Arbeit, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und das Straffen von Förderprogrammen sowie eine entschlossene Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs. Vor allem ist eine nachvollziehbare, vertrauenswürdige Regierungspolitik gefordert, damit Investoren und Konsumenten

wieder Mut fassen. Dazu gehört nicht eine durch Pump und Steuererhöhungen finanzierte vorgezogene Steuerreform.

Der Aufschwung, dessen Anzeichen Schröder in Riad erkennen will, wird bei fortgesetzter rot-grüner Politik weder beim Konsum, noch bei den Investitionen und auch nicht auf dem Arbeitsmarkt eintreten.

HARTMUT KOSCHYK:

Innenpolitik aus einem Guss



Im Anschluss an ein Gespräch der CDU/CSU-Innenpolitiker mit dem niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann erklärt der innenpolitische Fraktions-sprecher:

Die im rot-grünen Zuwanderungsgesetz vorge-sehene massive Auswei-tung der Zuwanderung muss zurückgeschraubt und zugleich die Integration

deutlich verbessert werden. Dies haben die Innenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann im Anschluss an gemeinsame Beratungen erneut betont. Ein Kompromiss beim Zuwanderungsgesetz kann nur nach grundlegender Überarbeitung zustande kommen.

Kernforderungen für das Vermittlungsverfahren

Entgegen aller Beteiligungen der rot-grünen Koalition weitet das Gesetz die Zuwanderung nach Deutschland gegenüber dem bisherigen Zustand massiv aus. Jeder kann dies in der Begründung nachlesen. Dort heißt es wörtlich, dass „der dem gesamten Ausländerrecht zugrunde liegende Grundsatz der einseitigen Zuwanderungsbegrenzung aufgegeben werden soll.“ Dieses Ziel ist angesichts von 4,5 Millionen Arbeitslosen und vor dem Hintergrund der im Zuge der EU-Osterweiterung zu erwartenden Migration nicht zu verantworten. Die Kernforderungen der Union für das Vermittlungsverfahren lauten:

- Das Gesetz muss die Zuwanderung wirksam steuern und begrenzen; Maßstab für Zuwanderung muss die Integrationsfähigkeit von Staat und Gesellschaft sein.
- Zuwanderung darf nicht ohne wirkliches nationales Arbeitsmarktdürfnis erfolgen.
- Humanitäre Zuwanderung muss auf den Anwendungsbereich der Genfer Flüchtlingskonvention begrenzt werden.
- Nicht nur Neuzuwanderer, sondern auch die hier bereits rechtmäßig lebenden Ausländer müssen integriert werden.

Effiziente Verbrechensbekämpfung

Einigkeit bestand darin, dass die DNA-Analyse als Standard-Maßnahme immer dann erfolgen muss, wenn bei der erkennungsdienstlichen Behandlung auch ein Fingerabdruck genommen und ein Lichtbild erstellt wird. Wie die erfolgreiche Aufklärung schwerster Verbrechen immer wieder zeigt, ist die DNA-Analyse ein verlässliches,

effektives und unverzichtbares Mittel zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten, aber auch zur Entlastung von Unrecht Beschuldigter. Ein Expertengespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dies jüngst eindrucksvoll bestätigt. Dennoch ist dieses Instrument zum Schutze der Bevölkerung bislang nicht in dem Maße zulässig, wie dies Praktiker aus Polizei und Justiz fordern. Daher werden entsprechende Bundesratsinitiativen mit Regelungen zur Verbesserung der DNA-Analyse gemeinsam unterstützt.

Weitere Themen des Gesprächs waren die Novellierung des niedersächsischen Polizeigesetzes, die Umsetzung der durchgreifenden Verwaltungsreform in Niedersachsen sowie die schlicht inakzeptable Weigerung des Bundes, seinen angemessenen Anteil an der Finanzierung des digitalen Funksystems für Behörden mit Sicherheitsaufgaben (BOS-Digitalfunk) zu übernehmen.

<http://>

Weitere Pressemitteilungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter www.cducusu.de

Mikrofon-Windschützer

Bestell-Nummer: **9088**
Preis je **1 Stück: 14,80 €**
inkl. MwSt.: 17,17 €



CDU-Erkennungszeichen Anstecknadel

Bestell-Nummer: **0232**
Preis je **50 Stück: 23,50 €**
inkl. MwSt.: 27,26 €

Ordnerarmbinden

Bestell-Nummer: **0301**
Preis je **50 Stück: 20,50 €**
inkl. MwSt.: 23,78 €



PVC-Hinweisschild

18 x 38 cm

Bestell-Nummer: **0542**
Preis je **25 Stück: 17,90 €**
inkl. MwSt.: 20,76 €

Überkleber „Wir danken für Ihr Vertrauen“

42,5 cm x 15 cm

Bestell-Nummer: **8196**
Preis je **250 Stück: 20,20 €**
inkl. MwSt.: 23,43 €

Danke
für Ihr Vertrauen

Windbreaker „CDU“

100 % Nylon, dunkelblau, Futterstoff dunkelblau:
65 % Polyester, 35 % Baumwolle.
Ausstattung: Vorder- und Taschenreißverschluss,
Bündchenregulierung durch Zugband
mit Stopper und integrierte Kapuze.

Bestell-Nummer Größe L: **9840**

Bestell-Nummer Größe XL: **9841**

Bestell-Nummer Größe XXL: **9842**

Preis je **Windbreaker: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €



CDU-Regenschirm

Bestell-Nummer: **9658**

Preis je **1 Stück: 7,70 €**
inkl. MwSt.: 8,93 €



CDU-Baseballcap

Bestell-Nummer: **9656**

Preis je **1 Stück: 4,60 €**
inkl. MwSt.: 5,34 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



CDU Hißflagge,

weiß mit rotem Schriftzug CDU

Hochformat

1,5 m x 3,5 m

Bestell-Nummer: **0295**

Preis je **1 Stück: 25,10 €**
inkl. MwSt.: 29,12 €

Querformat

3 m x 2 m

Best.-Nr.: **0496**

Preis je **1 Stück: 25,10 €**
inkl. MwSt.: 29,12 €



CDU Hißflagge,

blau mit rotem Schriftzug CDU

Hochformat

2 m x 4 m

Bestell-Nummer: **0651**

Preis je **1 Stück: 28,60 €**
inkl. MwSt.: 33,18 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de